



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



17.11.2011

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Rechnungshofbericht 2010 vorgestellt

Diese Woche hat der Europäische Rechnungshof seinen Jahresbericht für das Haushaltsjahr 2010 vor dem Plenum des Europaparlaments vorgestellt. Leider bietet die Lektüre auch diesmal wenig Anlass zur Freude: Die Zahl der Rechtsverstöße bei der Ausgabe von EU-Geldern durch die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten ist wieder gestiegen. Sorgen bereitet in erster Linie die Förderung strukturschwacher Regionen. Besonders bitter: In einigen gibt es seit 10 Jahren keine Fortschritte, sondern immer die gleichen Probleme. So monierte das Europaparlament bereits in seinem Entlastungsbericht für das Jahr 2007, dass in der Finanzperiode 2000–2006 95% aller Verstöße auf Spanien, Italien und Griechenland entfallen waren. Für die Finanzperiode 2007–2013 deutet sich an, dass Spanien und Italien erneut die "Spitzenreiter" bei der Fehlerquote sein werden. Es ist klar: So

kann und darf es nicht weitergehen. Da alle bisherigen Strafen und Rückforderungen von Geldern anscheinend nichts genutzt haben, halte ich einen radikalen Schritt für notwendig: einen kompletten Zahlungsstopp für Spanien und Italien.

Einschränkung der Schulden-Spekulation

Das Europaparlament hat hochspekulativen Finanzmarktgeschäften mit Credit Default Swaps (CDS), also Kreditausfallversicherungen, einen Riegel vorgeschoben. Dadurch soll die destruktive Spekulation mit dem Zahlungsausfall von Ländern eingedämmt werden. In Zukunft ist der Kauf von CDS grundsätzlich nur noch möglich, wenn der Käufer die zugrunde liegenden Anleihen tatsächlich besitzt. Der Kauf zum Beispiel von portugiesischen CDS ist also nur möglich, wenn man auch portugiesische Staatsanleihen besitzt, oder Wertpapiere in einem Bereich, der stark von der Entwicklung dieser Anleihen abhängt. Zudem schränkt die neue Verordnung die Möglichkeiten zu sogenannten

Leerverkäufen von Wertpapieren, die man gar nicht besitzt oder nur geliehen hat, ein.

Reform der Richtlinie Berufsqualifikationen

Laut einer aktuellen Studie wollen mehr als 50% der jungen Europäer im Ausland arbeiten. Grund genug dafür, die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen zu verbessern, wie das Europaparlament jetzt gefunden hat. Insbesondere bei Ärzten, Ingenieuren und anderen Fachkräften muss die Anerkennung schneller vonstatten gehen. Dabei sollen aber keine Abstriche bei der Zuverlässigkeit und Sicherheit gemacht werden. Bei einer kurzfristigen Tätigkeit in sehr mobilen Berufsfeldern, wie zum Beispiel bei Reiseleitern oder Sporttrainern, sollen aber flexiblere Lösungen als bisher gefunden werden. Die Abgeordneten fordern auch die Einführung eines freiwilligen Berufsausweises. Noch dieses Jahr erwarten wir die Überarbeitung der aktuellen, seit 2005 geltenden Richtlinie vor allem zu Sprachanforderungen.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



17.11.2011

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Kampf gegen illegale Online-Glücksspiele

Das Europaparlament will eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel und für einen stärkeren Schutz spielsuchtgefährdeter Verbraucher. Dazu sollen gemeinsame Standards erarbeitet werden. Bisher dürfen die Staaten ihre Online-Glücksspielmärkte selbst regeln. Da solche Glücksspieldienste im Internet grenzüberschreitend angeboten werden, ist eine Koordination der Mitgliedsländer über die EU ein geeigneter Schritt.

Für fairen Wettbewerb auf der Schiene

Die vor zehn Jahren in Kraft getretene Richtlinie zur Marktöffnung im Schienenverkehr wird überarbeitet. Das Parlament hat jetzt der Neufassung in erster Lesung zugestimmt. Eine Liberalisierung des Eisenbahnmarktes ist notwendig, damit die Schiene im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern wettbewerbsfähig bleibt. Zurzeit liegt der Marktanteil im Personenverkehr europaweit bei

unter 12%. Eine erfolgreiche Marktöffnung setzt unabhängige Regulierungsbehörden voraus, wie etwa in Deutschland die Bundesnetzagentur. Die Parlamentarier fordern, dass alle EU-Länder eine solche Behörde einführen, und dass die Streckenvergabe europaweit koordiniert wird.

Neue Maßnahmen gegen Bienensterben

Das Produkt Honig ist von unserem Frühstückstisch nicht mehr wegzudenken. Mit Sorge sieht das EU-Parlament deshalb das europaweite Bienensterben. Es fordert eine Initiative der EU, um die Ursachen zu erforschen. Das Bienensterben sei eine ernste Gefahr für die Lebensmittelproduktion und die Umweltstabilität, da die meisten Pflanzen von Bienen bestäubt werden. Deswegen soll mehr in die Forschung nach neuen Tierarzneimitteln investiert werden, und die Länder sollen ihre Kontrollen bündeln. Unterstützt werden sollen auch Schulungen für Landwirte zum bienenfreundlichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Europäisches Siegel Kulturerbe kommt 2013

Ab 2013 soll es ein freiwilliges Europäisches Kulturerbe-Siegel für symbolische, insbesondere länderübergreifende, Stätten europäischer Geschichte oder Integration geben. Die Mitgliedstaaten werden alle zwei Jahre bis zu zwei Stätten als Kandidaten vorschlagen können, von denen eine Jury dann eine pro Land auswählen darf.

Französischer Beitrag gewinnt LUX-Filmpreis

"Schnee auf dem Kilimandscharo" heißt der Film des französischen Regisseurs Robert Guédiguian, der den diesjährigen LUX-Filmpreis des Europäischen Parlaments gewonnen hat. Darin geht es um Solidarität und Moral in Zeiten der Krise. Der Preis besteht unter anderem in einer Untertitelung des Films in allen EU-Amtssprachen.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

Diesen Mittwoch war die CDU Schwäbisch Hall bei mir in Straßburg zu Gast.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu